

Jeden Tag

Als 1911 zum ersten Mal ein internationaler Frauentag begangen wurde, fanden die Aktionen für die Gleichberechtigung, das Wahlrecht für Frauen sowie die Emanzipation von Arbeiterinnen noch am 19. März statt. Verbunden mit dem Namen Clara Zetkin, die ein Jahr zuvor die Einführung eines internationalen Frauentages vorgeschlagen hatte, wird dieser seit 1921 am 8. März gefeiert. Oder besser: Es ist ein Tag, an dem Fortschritte der Emanzipation gewürdigt, zugleich aber auch gegen die noch bestehenden, teils gravierenden Benachteiligungen von Frauen kämpferisch gestritten wird. Und immer wieder geht es auch darum, dass bereits Erreichtes nicht wieder verschwindet.

Die Corona-Krise ist so eine Zeit, in der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern wieder zunehmen. Darauf hat die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung mehr als einmal in den vergangenen Monaten hingewiesen. Wenn Eltern in Zeiten geschlossener Kitas und Schulen einspringen müssen, tragen meist die Mütter die Hauptlast. Bei der Arbeitsteilung innerhalb von Partnerschaften komme es tendenziell zu einer „Retraditionalisierung“. Auch die ohnehin schon bestehende Lohnlücke zwischen den Geschlechtern dürfte sich durch die Corona-Krise noch weiter vergrößern, befürchten die Forscher*innen. Um dem entgegenzuwirken, brauche es zumindest für die unteren Einkommensgruppen mehr finanzielle Unterstützung, wenn wegen Kinderbetreuung Arbeitszeit reduziert werden muss, und eine Entlastung bei der Sorgearbeit, so ihre Forderung.

„Es gab große Dankesworte und auch Applaus für die Held*innen des Alltags, allerdings finanziell hat sich für die meisten nichts geändert“, so heißt es dieser Tage bei ver.di in Thüringen. „Was muss geschehen, damit Frauen* endlich entsprechend ihrer Verantwortung fair bezahlt werden?“

Der Punkt ist: Wenn sich pandemiebedingt die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vergrößert, dann auch deshalb, weil sie zu lange politisch hingenommen wurde. Darauf machen in diesem Jahren nicht nur Gewerkschaften aufmerksam. Und übrigens auch nicht nur am Frauentag. Engagement für Gleichberechtigung, für gleiche Löhne, Chancen, eine gleiche Verteilung von Sorgearbeit und Möglichkeiten ist jeden einzelnen Tag nötig. Auch, aber nicht nur am internationalen Frauentag.

Ihre Redaktion



Gegen Ungleichheit

Große Lohnlücke, mehr Sorgearbeit, weniger Ämter in der Politik: Rund um den Frauentag wird international auf viele Probleme der noch mangelnden Gleichberechtigung verwiesen. Wie ist die Lage in Thüringen? Ein Schwerpunkt auf den Seiten 3 bis 5

Linker Ticker

Nach einer Durchsuchungsaktion des Landeskriminalamtes Thüringen bei Neonazis, die dem militanten Netzwerk „Turonen“, „Garde 20“ zugerechnet werden, hofft **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, auf erfolgreiche Ermittlungen. „Es ist gut, dass nun auch wahrnehmbar gehandelt und den Neonazis bei ihren offensichtlich kriminellen Aktivitäten in die Parade gefahren wird. Ich hoffe, dass die Durchsuchungen der Polizei erfolgreich sind, nachdem sich das Netzwerk der Turonen lange weitgehend ungestört nicht nur mit Rechtsrock-Konzerten, sondern mutmaßlich auch mit Drogen- und Waffenhandel eine goldene Nase verdienen konnte.“ +++ Der Wohnungsgipfel der Bundesregierung, bei dem diese ihre Wohnraumoffensive als Erfolg verkauft hat, ist auf Kritik unter anderem von Mieterverbänden gestoßen. **Susanne Hennig-Wellsov**, Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion, sagte, es gebe bisher wenig guten Nachrichten für Mieterinnen und Mieter. „Jahr um Jahr verspricht die Bundesregierung den Menschen, dass der Mietanstieg gebremst und mehr preiswerter Wohnraum geschaffen wird. Aber die Realität ist eine andere.“ Hennig-Wellsov unterstützte die Initiative von DGB, Mieter*innen- und Sozialverbänden zu einem Mietestopp. »Und während die Mieten eingefroren sind, sollte auch der Bund deutlich in den Bau von preiswerten Wohnungen investieren.“ +++ Die rot-rot-grüne Landesregierung Thüringens will auch in diesem Jahr die kommunalen Leistungen in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport sichern. Vor dem Hintergrund der weiterlaufenden Corona-Krise soll es weiterhin Ausnahmeregelungen zum Verzicht auf Haushaltssicherungskonzepte geben. „Damit stellen wir sicher, dass keine Abstriche bei wichtigen kommunalen Angelegenheiten infolge der Pandemie vorgenommen werden müssen“, so der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, **Sascha Bilay**. Bereits im vergangenen Jahr wurde eine entsprechende Ausnahmeregelung auf Vorschlag der LINKEN gesetzlich verankert und soll bis Jahresende verlängert werden.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Strasse 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 2. März 2021

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszusagen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Weiter für Thüringen

Herr Thiel, eine Ära an der Fraktionsspitze und ein angekündigter Abschied

Wer in den letzten Jahren dem langen Gang in der dritten Etage des Fraktionsgebäudes des Thüringer Landtags in Richtung Süden folgte, dem könnte Herr Thiel entgegengekommen sein. In vielen Büros längst ein alter Bekannter, immer freundlich, immer hungrig und immer mit einem alle entwaffnenden Blick ausgestattet. Und wenn Herr Thiel auf dem Flur spazierte, dann war es sehr wahrscheinlich, dass auch Susanne Hennig-Wellsov in ihrem Büro am Ende des Ganges anzutreffen ist, es sei denn, sie stand gerade einmal wieder vor einem Mikrofon.

Die Rede ist natürlich vom Labrador-Rüden der langjährigen linken Fraktionsvorsitzenden im Freistaat. Seit der Wahl an die Spitze der Bundespartei im Februar ist klar, dass für Susanne und Herrn Thiel die Zeit als Fraktionsvorsitzende zu Ende geht – und damit eine Etappe auf dem Thüringer Weg der LINKEN. 2004 wurde sie über das Jugendticket der PDS mit 26 Jahren als jüngste Abgeordnete ins Landesparlament gewählt. Dort fasste sie sich zunächst vor allem mit Fragen der Bildungs- und Hochschulpolitik, so wie schon zuvor als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fraktion. Bei der Landtagswahl 2009 holte Susanne den Wahlkreis Erfurt II, ihr Direktmandat konnte sie 2014 und 2019 verteidigen. Aufgaben in Ausschüssen, im Fraktionsvorstand, in der Landespartei kamen hinzu. Als Bodo Ramelow 2014 dann erstmals zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt wurde, wurde Susanne Vorsitzende der Fraktion und blieb dies bis jetzt.

Dass der Vorsitz von Landespartei und Landtagsfraktion in einer Hand befanden, war für nicht wenige Linke eine Herausforderung. Es entsprach aber auch den politischen Herausforderungen in Thüringen, wo nicht nur die erste rot-rot-grüne Koalition ins Amt gekommen war, sondern wo die LINKE von der Spitze weg mitregierte.

Nun also der Wechsel nach Berlin. In einem der vielen Porträts über Susanne hieß es, sie gelte „als Architektin des rot-rot-grünen Regierungsbündnisses in Thüringen. Als Landes- und Fraktionschefin hält sie dort Ministerpräsident Bodo Ramelow den Rücken frei.“

Wer Susanne selbst fragt, wird erst einmal etwas über ihre engsten Mitarbeiter*innen hören, ohne die sich so eine Aufgabe nicht bewältigen lässt. Susanne wird auch auf die ganze Fraktion verweisen, darauf, dass gemeinsames Engagement wichtig ist, ohne die auch eine Chefin nicht erfolgreich sein kann. „Arbeitsteilung, so viel wie möglich Freiraum lassen, nicht überall einmischen, definitiv kooperativ. Das kommt auch aus meiner Erfahrung mit der Einstimmen-Mehrheit, die immer gewährleistet sein musste. Da kannst du nur darauf bauen, alle einzubinden“, so hat sie es einmal für ein Porträt formuliert, das im kleinen Bändchen zu „30 Jahre Thüringer Weg“.

Die Landtagswahl in Thüringen musste aufgrund von Corona auf das



Fotos: Lukas Krause

Datum der Bundestagswahl verschoben werden. Für Susanne bleibt beides eine Aufgabe. Sie werde weiter „für Thüringen kämpfen – und das Ergebnis

in Thüringen wird auch für den Bund wichtig sein“.

Uns bleibt vor allem eines: Danke zu sagen. Tausend Mal. PR

Die Lohn-Lücke

Eine der zentralen Zahlen, die über mangelnde Gleichheit der Geschlechter Auskunft geben, ist die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern. Frauen verdienen 2019 durchschnittlich 19 Prozent weniger je Stunde als Männer. Zwar hat sich der so genannte Gender Pay Gap seit 2015 leicht verringert, wie das Statistische Bundesamt vorrechnet. Er ist mit im Durchschnitt einem Fünftel aber immer noch enorm.

Dabei gibt es starke Unterschiede zwischen Westen und Osten. In Westdeutschland (und Berlin) war die Lohnlücke mit 20 Prozent deutlich größer als im Osten, wo diese insgesamt 7 Prozent betrug. Noch niedriger fiel der Gender Pay Gap in Thüringen aus, wo er für das Jahr 2018 mit 6,3 Prozent beziffert wird. Nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik erzielten Frauen in Thüringen einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 15,62 Euro, während der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Thüringer Männern bei 16,67 Euro lag. Diesem unbereinigtem Gender Pay Gap, der strukturbedingte Unterschiede zwischen den Geschlechtsgruppen, wie unterschiedliche Berufe, Branchen, Arbeitszeitmodelle, Beschäftigungsumfang, Bildungsstand oder Zugang zu Führungspositionen nicht berücksichtigt, wird regelmäßig auch der bereinigte Gender Pay Gap gemessen, der den Verdienstunterschied von Frauen und Männern mit vergleichbaren Qualifikationen und Tätigkeiten misst. Auch hier existiert eine Lücke: 2018 bekamen Männer demnach 5,7 Prozent mehr Gehalt als Frauen. Das Wort »verdienten« ist hier ganz ausdrücklich nicht benutzt worden. PR

Die Care-Lücke

Seit langem wird kritisch darauf hingewiesen, dass Sorge-Tätigkeiten vor allem von Frauen geleistet werden. Care-Arbeit schließt körperliche sowie emotionale Arbeit ein, von Kinderbetreuung und Pflegearbeit in Einrichtungen bis hin zu unbezahlten Haushaltsaufgaben und der privaten Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Weit über 80 Prozent der beruflichen Care-Arbeit in Deutschland wird von Frauen geleistet. Es geht hier um Arbeit, die gesellschaftlich noch immer zu wenig geschätzt wird und meistens unterbezahlt bleibt. Auch zu Hause ist die Care-Lücke gravierend: Im Gesamtdurchschnitt leisten Frauen 52,4 Prozent mehr Familien- und Sorgearbeit als Männer. Für eine faire Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern setzt sich die Linksfraktion seit langem ein. Lena Saniye Güngör, Sprecherin für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik der Linksfraktion, fordert dazu etwa festgelegte Tarife in Care-Branchen. Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales, weist darauf hin, dass Frauen, die weniger in den Care-Branchen verdienen, später mit weniger Rente leben müssen. PR

Stützen der Gesellschaft

Wo Frauen in Thüringen arbeiten und was das mit Corona zu tun hat

Es ist in Corona-Zeiten viel von den Menschen gesprochen worden, die in den gesellschaftsrelevanten Bereichen arbeiten und, wie man oft hörte, „den Laden am Laufen halten“. Dass es hier ein gravierendes Problem gibt, weil so wichtige Tätigkeiten im Vergleich zu anderen oft geringer bezahlt sind, ist eine der Lehren aus den politischen Debatten rund um die Pandemie. Von mangelnder Anerkennung und der Notwendigkeit, für angemessene Gehälter zu sorgen, ist viel gesprochen worden.

Und es zeigt sich: Hier sind in vielen Sektoren vor allem Frauen beschäftigt. Laut einer Datenanalyse der Regionaldirektion der Bundesagentur Sachsen-Anhalt-Thüringen sind in Thüringen immer mehr Menschen in einem der Bereiche tätig, die zu kritischen Infrastruktur gezählt werden. Dazu gehören „Organisationen, Unternehmen und Betriebe, bei deren Ausfall nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“, wie es bei der Bundesagentur heißt. Im Sommer 2019 hatten hier fast 300.000 Menschen eine sozialversicherungspflichtige Stelle; 2015 lag die Zahl noch bei gut 297.000.

Wie zentral diese Bereiche sind, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass der größte Teil der Beschäftigten der kritischen Infrastruktur im Sektor Gesundheit arbeiten – insgesamt knapp über 100.000 Menschen in Thüringen. Rund um die Sicherstellung der Versorgung mit Lebensmitteln sind knapp 61.000 Menschen tätig; etwa 50.000 im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

„Gerade die vergangenen Monate der Corona-Krise haben gezeigt, welche Bedeutung die Beschäftigten in der kritischen Infrastruktur für unser Land haben“, sagt der Geschäftsführer der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, Markus Behrens. »Von der Krankenschwester über die Supermarktverkäuferin bis hin zum LKW-Fahrer. Auf sie war und ist Verlass. Sie waren und sind weiterhin die Stützen in der Krise.«

Vor allem im Gesundheitssektor aber auch sonst sind diese »Stützen« der kritischen Infrastruktur in Thüringen Frauen – ihr Anteil macht rund 180.000 aus, also 60 Prozent, im Gesundheitsbereich liegt er sogar bei 79 Prozent. Zum Vergleich: Der Frauenanteil bei allen Beschäftigten im Land liegt bei 48 Prozent. Das sind fast 380.000 weibliche Beschäftigte in Vollzeit arbeiten nach Daten der Regionaldirektion rund 207.000 Frauen. Ihr Anteil liegt mit 35 Prozent deutlich unter dem Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten, der 80 Prozent beträgt.

Frauen sind in Thüringen auch häufiger geringfügig beschäftigt als Männer. So lag der Frauenanteil an den Minijobbern im Sommer 2020 bei über 54 Prozent. Unter ihnen war auch der Corona-bedingte Rückgang der Minijobs weit stärker als bei den Männern. „Frauen arbeiten besonders in Dienstleistungsberufen oder auch in der Gastronomie in Minijobs. Das waren die Branchen, die besonders von der Pandemie betroffen waren und in denen die meisten Minijobs verloren gegangen sind“, so Behrens.

Unter den offiziell registrierten Erwerbslosen in Thüringen waren im Januar 30.135 Frauen, die Arbeitslosenquote lag unter Frauen bei 5,8 Prozent, insgesamt wurde sie für den ersten Monat des Jahres 2021 mit 6,4 Prozent beziffert. PR



Wo Frauen fehlen

Vor allem in ländlichen Gebieten herrscht Männerüberschuss. Das hat auch politische Folgen

Demografie ist mitunter eine sehr trockene Angelegenheit, es geht um Geburtenzahl und Wanderungsbewegungen. Doch die sind stets Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, es gibt Ursachen und Folgen. Und die wiederum sind hoch politisch.

Das zeigt sich auch beim Blick auf den Anteil von Frauen in der Thüringer Bevölkerung. Lag dieser 1950 noch bei rund 55 Prozent, waren es 2019 nur noch etwa 50 Prozent. Recht bedeutend ist zudem die Verteilung nach Altersgruppen, bis zu den 55-Jährigen gibt es aktuell einen Männerüberschuss, in den Altersgruppen darüber sind die Frauen deutlich in der Mehrheit. Unterschiede gibt es darüber hinaus noch zwischen Städten und ländlichen Gebieten. Ende 2019 lebten in den sechs großen Städten Thüringens - Erfurt Gera Jena Suhl Weimar und Eisenach - jeweils mehr Frauen als Männer, am knappsten war der Vorsprung in Jena, da überwiegend die Anzahl der Frauen die der Männer um lediglich 87.

Warum ist das politisch von Bedeutung? „Es sind aber auch vor allem Frauen, die ländliche Räume verlassen“, sagt der Wissenschaftler Wolfgang Kaschuba. „Wir haben eindeutig ländliche Regionen mit einem deutlichen Männerüberschuss. Das heißt auch: es gibt viel zu wenige Frauen für eine Partnerschaft, für Familie, für Ehe.“ Da dies vor allem für jene Altersgruppen gilt, in denen die so genannte Familiengründungsphase ansteht, wirkt es sich negativ auf die Geburtenraten in diesen Regionen aus.

Und es gibt eine weitere Folge: Wo Frauen fehlen, machen sich Rassismus und Nationalismus eher breit. Ein Männerüberschuss bewirkt, so zeigte vor einiger Zeit eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, dass in bestimmten Regionen eher rechtspopulistische Parteien gewählt werden, so die Forscherin Katja Salomo, die aus ihrem Vergleich der demografischen Entwicklung in bestimmten gebieten schlussfolgerte: Abwanderung, Alterung

und der Wegzug junger Frauen sind die bekannte Gefahr für eine offene Gesellschaft. „Frauen investieren mehr in den sozialen Zusammenhalt. Nicht nur in der Familie, auch in der Nachbarschaft und in Vereinen sind Frauen viel engagierter als Männer. Dieser Beitrag fehlt dann, wenn mehr Frauen die Region verlassen. Das heißt, der soziale Zusammenhalt vor Ort dürfte darunter leiden, dass Frauen in einer bestimmten Altersgruppe nicht da sind“, so hat es Salomo einmal in der „Lausitzer Rundschau“ beschrieben.

Es sind nicht zuletzt ökonomische Ursachen, die diesen Trend befeuern. War das Geschlechterverhältnis zur politischen Wende in der DDR 1989/1990 noch weitgehend ausgeglichen, fand in den Jahren bis 1995 ein wahrhafter Exodus junger Frauen aus dem Osten statt. Eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung rechnete 2007 vor, dass fast zwei Drittel aller Menschen, die nach 1991 die neuen Bundesländer verließen, Frauen waren. Salomo weist auf eines hin: Frauen zögen nicht nur häufiger aus dem Osten weg, sie kämen auch seltener zurück. „Es ist nicht untypisch, dass junge Leute für die Ausbildung mal woanders hingehen und dann wiederkommen. Frauen tun das seltener, weil sie leichter familiär Fuß fassen in Westdeutschland. Das heißt: Sie heiraten häufiger westdeutsche Männer. Umgekehrt haben ostdeutsche Männer nicht die gleichen Chancen auf dem westdeutschen Heiratsmarkt. Das wirkt sich auch wieder auf das ungünstige Statusempfinden der Männer aus.“ Und das hat Einfluss auch auf politische Einstellungen.

Medien haben immer wieder auf die Ergebnisse des Thüringen-Monitors verwiesen, mit dem die politischen Einstellungen im Freistaat über weit mehr als zehn Jahre untersucht wurden. Auch hier ein Befund: der Männerüberschuss in den Altersgruppen bis 55 ist eine Ursache von Rassismus und anderen abwertenden Vorstellungen.

„Männer, die keine Frauen finden, fühlen sich abgewertet von der Gesellschaft und wollen das irgendwie ausgleichen. Das führt nicht selten dazu, dass man andere soziale Gruppen abwertet, die man irgendwie noch als tiefer stehend empfindet“, so Salomo.

Erwerbslosigkeit und mangelnde Berufschancen in den frühen 1990er Jahren waren die zentralen Gründe für die Abwanderungswelle der Frauen. Ihnen gelinge es besser, „sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden, weil von Frauen generell immer noch erwartet wird, sich anzupassen. Frauen arbeiten häufiger in Dienstleistungsberufen, dadurch ist der ostdeutsche Arbeitsmarkt für Frauen weniger interessant als für Männer, die vor Ort gut unterkommen“, so Salomo.

Der größere Anteil von Frauen in Dienstleistungsberufen verstärkt auch die Stadt-Land-Unterschiede der Geschlechterverteilung. Während die radikale Deindustrialisierung ganzer Regionen im Osten nach der Wende durch die treuhand-Politik vor allem „Männer-Berufe“ zerstörte, wuchs in den Städten im Dienstleistungsbereich die Zahl der Jobs, in denen vor allem Frauen Arbeit fanden.

Eine demografische Kennziffer sei hier noch vorgestellt: Das durchschnittliche Heiratsalter von Frauen in Thüringen lag 1990 noch bei knapp 27 Jahren und stieg bis 2019 auf weit über 37 Jahre. Dahinter stecken zum Beispiel kulturelle Verschiebungen, was den Zeitpunkt der Eheschließung angeht. Es wirken sich aber auch soziale und ökonomische Faktoren aus.

Und nicht alle Frauen sind verheiratet oder leben in festen Beziehungen. Das Statistische Landesamt im Freistaat zählte zuletzt 75.000 alleinerziehende Frauen in Thüringen, 54.000 von ihnen lebten mit einem Kind, 15.000 mit zwei Kindern und 6.000 mit drei Kindern in einem Haushalt. Das heißt auch: Sie tragen den größten Teil der Sorgearbeit allein. PR

Männlich dominiert

Das Engagement für Gleichberechtigung von Frauen in der Politik geht weiter

Während in der Öffentlichkeit die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ein viel besprochenes Thema ist, geht der Anteil von Frauen in den Parlamenten der Bundesrepublik zurück. »Nur noch gut 30 Prozent der Abgeordneten sind weiblich, der schlechteste Befund seit 20 Jahren«, meldete im vergangenen Jahr die „Frankfurter Rundschau“, auch in den Landesparlamenten liege der Frauenanteil unter einem Drittel, bei Stadt- und Gemeinderäten seien es bundesweit im Schnitt nur 27 Prozent.

Die Zeitung illustrierte mit diesen Zahlen einen Bericht über die abschlägige Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichts zum rot-rot-grünen Paritätsgesetz für den Freistaat. CDU, AfD und FDP hatten im Landtag gegen die Novelle votiert, die rechtsradikale AfD später dagegen beim Thüringischen Verfassungsgerichtshof geklagt. Noch einmal die „Frankfurter Rundschau“: Dass sich ausgerechnet die Konservativen und Rechtsextremen gegen eine gleichberechtigte Besetzung im Landesparlament wehren, sei „kein Wunder. Die CDU hat unter ihren 19 Abgeordneten gerade mal zwei Frauen, die AfD bei ebenfalls 19 Sitzen drei“.

Kaum bestritten ist, dass nur Parteien, die eine hohe Quotierung zum Beispiel bei der Aufstellung ihrer Kandidat*innen eingeführt haben, es auch auf einen hohen Frauenanteil im politischen Geschäft bringen.

Das Verfassungsgericht stellte sich mehrheitlich auf einen anderen Standpunkt und kam zu der Auffassung, dass ein Paritätsgesetz die Gleichheit der Wahl sowie das Recht der politischen Parteien auf Betätigungsfreiheit, Programmfreiheit und Chancengleichheit beeinträchtigt. Doch es gab auch im Richter*innen-Kollegium andere Auffassungen. In Sondervoten legten Verfassungsrichter*innen dar, warum das Paritätsgesetz für Thüringen ihrer Ansicht nach nicht verfassungswidrig sei. Es ergebe sich geradezu die Pflicht für den Landesgesetzgeber, mit Paritätsregelungen die Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten zu beseitigen. Warum? Weil dies aus dem Gleich-

stellungsgebot des Grundgesetzes und der Landesverfassung klar hervorgehe. Danach sei der Freistaat verpflichtet, die „tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen“ in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu „sichern“. Diese Formulierung geht sogar noch weiter als der entsprechende Passus in Art. 3 des Grundgesetzes.

Auch in Brandenburg ist ein Paritätsgesetz vom Verfassungsgericht gekippt worden; zuletzt verwarf das Bundesverfassungsgericht eine Wahlprüfungsbeschwerde aufgrund nicht paritätisch besetzter Wahlvorschläge zur Bundestagswahl 2017.

Muss es deshalb dabei bleiben, dass in nahezu allen politischen Entscheidungsgremien sind Männer in großer Mehrzahl vertreten sind? „Sieht so eine moderne Demokratie aus?“, fragte diesbezüglich die „Frankfurter Rundschau“ und verwies auf die zugrundeliegenden politischen Probleme. „Es geht um strukturelle Diskriminierung: Männlich dominierte Kulturen, traditionelle Rollenbilder und die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern beeinträchtigen die weibliche Chancengleichheit in den Parteien. Deren Organisationsstrukturen und Nominierungsprozesse für Listen und Mandate lassen Frauen nicht zum Zuge kommen.“

Genau deshalb rufen Frauenverbände, Aktivistinnen und Politikerinnen seit langem nach verbindlichen Quoten und Paritätsgesetzen. In über 100 Ländern weltweit sind solche Instrumente im Einsatz. In Frankreich zum Beispiel gibt es schon seit 20 Jahren ein Paritätsgesetz.

Dort sei das Reißverschlussprinzip inzwischen völlig normal, kommentiert Susanne Hennig-Wellsow, die Vorsitzende der Linksfaktion im Thüringer Landtag die Lage. „Ich bleibe dabei: Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Frauen auch in der Politik gleichberechtigt vertreten sind.“ Hier ist nun vor allem Berlin gefragt. „Alle Bundesregierungen haben sich bisher bei dem Thema weggeduckt“, so Hennig-Wellsow. „Das muss nach der nächsten Bundestagswahl anders werden.“ PR



Rückläufige Tendenz

Im vergangenen Jahr lag der Anteil von Frauen, die als Landrätin, Oberbürgermeisterin oder Bürgermeisterin in den Thüringer Kommunen Politik machten, bei weniger als 20 Prozent. Für ie beiden LINKE-Landtagsabgeordneten Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellungspolitik, und Sascha Bilay, Sprecher für Kommunalpolitik, ein „gesellschaftspolitischer Skandal“. Zumal der Anteil der Frauen in kommunalpolitischen Ämtern auch noch in den vergangenen zehn Jahren leicht rückläufig war. Die beiden Linkspolitiker hatten sich mit einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung gewandt, um zu ermitteln, wie hoch der Anteil von Frauen unter den kommunalen Wahlfunktionen ist, die direkt von den Einwohnerinnen und Einwohnern gewählt werden. Die Antworten ergaben, dass in diesem Jahr in den 17 Landkreisen lediglich fünf Landrätinnen im Amt sind, was einem Anteil von 29,4 Prozent entspricht. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Landrätinnen lediglich 17,6 Prozent. In den sechs kreisfreien Städten Thüringens regiert derzeit lediglich eine Frau als Oberbürgermeisterin, während es vor zehn Jahren keine Oberbürgermeisterin in Thüringen gab. In den kreisangehörigen Gemeinden und Städten sind derzeit 91 Frauen als Bürgermeisterinnen im Dienst, was einem Anteil von weniger als 15 Prozent entspricht. Im Jahr 2010 betrug der Anteil von Frauen in diesen Funktionen noch 17 Prozent. „Wir stellen fest, dass der gesellschaftliche Anspruch an Gleichstellung von Frauen und Männern in herausgehobener politischer Verantwortung nicht mit der Realität Schritt hält. Hier müssen wir auf Landesebene gesetzlich nachsteuern“, so Karola Stange und Sascha Bilay. PR



Was machen eigentlich die Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag? Was motiviert sie für linke Politik? Wie kommt ein Gesetz zustande? Der „Parlamentsreport“ berichtet alle zwei Wochen über Anträge und Initiativen der Linksfraktion, liefert Analysen zur politischen Lage, blickt hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs und hat linke Literatur und Kultur auf dem Radar. Den „Parlamentsreport“ gibt es auch als gedruckte Ausgabe: als Supplement der „UNZ. Unsere Neue Zeitung“.



Ökologisch und sozial

Andreas Schubert pocht auf Nachhaltigkeits-Check für europäische Fördermittel

Was die Bundesrepublik von Europa an Vorteilen hat, ist oft gar nicht so genau bekannt. Die Europäische Union stellt zum Beispiel so genannte Strukturhilfen zur Verfügung, Milliardenbeträge, die in Regionen und Städten zum Beispiel Arbeitsplätze schaffen und die nachhaltige Entwicklung verbessern sollen. Auch in den kommenden Jahren kann Thüringen wieder auf solche Gelder setzen, insgesamt sollen bis 2027 mehr als anderthalb Milliarden Euro aus verschiedenen EU-Fonds fließen.

„Für die neue EU-Förderperiode von 2021 bis 2027 braucht es einen Nachhaltigkeits-Check aller Wirtschaftsförderinstrumente für Thüringen unter Einbezug der vielseitigen Erfahrungen aller Akteur*innen“, sagt Andreas Schubert, Sprecher für Wirtschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Ein einfaches ‚Weiter so‘ nach Corona wäre das falsche Signal. Ziel muss sein, auf eine nachhaltige und soziale Wirtschaftsentwicklung zu fokussieren und dabei vor allem die Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt und weiterer regionaler Entwicklungsfaktoren in den Blick zu nehmen.“

Schubert sieht natürlich die Corona-Pandemie als große Herausforderung, aber auch als den Beginn einer neuen Etappe: „Mit der Corona-Krise und ihren Folgen werden wir noch lange zu kämpfen haben, deshalb müssen wir die Demokratisierung der Wirtschaft und der Marktmechanismen weiter vorantreiben und dürfen nicht einzelnen großen Unternehmen, die de facto den Markt unter sich aufteilen und von denen viele abhängig sind, das Feld überlassen. Wir wollen alternative Wirtschafts- und Unternehmensformen unterstützen, die unter anderem die Mitarbeiter*innenbeteiligung und -verantwortung gezielt stärken - zum Beispiel



Foto: Denzel/pixabay

durch die Förderung von Genoss*innen-schaften. In systemrelevanten Bereichen, wie Gesundheitsversorgung und Hygieneschutz, wollen wir Lieferketten verkürzen und Möglichkeiten der Eigenproduktion weiterentwickeln.“ Ein weiteres entscheidendes Kriterium für die Wirtschaftsförderung soll laut Schubert die Ökobilanz der Produkte sein. Das heißt regionale Kreisläufe müssen gestärkt und ausgebaut werden. „Der gesamte Lebenszyklus eines Produkts von der Herstellung bis zur Entsorgung soll beachtet werden.“ Im Rahmen der Vergabe von EU-Mitteln sollen dazu die Herstellung aus vorrangig nachwachsenden regionalen Rohstoffen und auch die Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit

eines Produkts bis zum Ende seines Lebenszyklus beachtet werden. „Die EU hat sich in ihren Gründungsprinzipien auf eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft bei gleichzeitigem sozialen Fortschritt und Schutz der Umwelt ausgesprochen. Dafür sollten die EU-Gelder auch in Thüringen als Turbo genutzt werden, was durch zielgenaue Förderinstrumente zu sichern ist“, so Schubert weiter. In der Förderperiode von 2014 bis 2020 erhielten fast 2.000 Unternehmen in Thüringen finanzielle Unterstützung bei Investitionen, Forschung und Entwicklung. Mehr als 300 Betrieben konnte so bei Maßnahmen zur Energieeinsparung oder der Nutzung erneuerbarer Energien geholfen werden. PR

Akten sichern auch beim Verfassungsschutz

Nach Enthüllungen über 'Ndrangheta in Erfurt: Steffen Dittes fordert Aufklärung

Der Fall machte im Februar bundesweite Schlagzeilen: Wohl aufgrund von Behördenstreitigkeiten und Kompetenzgerangel hatten Sicherheitsbehörden einen Verdeckten Ermittler aus der kalabrischen 'Ndrangheta-Mafia wieder abgezogen. Wie MDR und Frankfurter Allgemeine Zeitung recherchierten, hatten Bundeskriminalamt und Thüringer Landeskriminalamt vor 20 Jahren den Ermittler zunächst platzieren können, zogen die Quelle dann aber überraschend aus dem Einsatz wieder ab. „In der Folge sollen alle verdeckten Operationen eingestellt und das Verfahren Stück für Stück beendet worden sein. Damals beteiligte Fahnder kritisierten, dass es keinen sachlichen Grund gegeben habe, das Verfahren einzustellen“, so meldet es der MDR.

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag forderte umgehend Aufklärung. „Auch wenn die Vorgänge einige Jahre zurückliegen, die organisierte Kriminalität stellt bis heute eine fortlaufende Herausforderung für die Polizei in Thüringen dar und es gilt aufzuklären, was sich damals zugetragen hat, dass ein mit großem Aufwand betriebenes Verfahren eingestellt und ergebnislos zum Ende kam“, sagte der innenpolitische Sprecher Steffen Dittes. Doch der Abgeordnete sieht noch einen anderen Punkt in diesem Skandal. „Die Vorgänge um die mittelbar kriminellen Machenschaften der 'Ndrangheta sind das eine. Dass nach dem MDR-Bericht die Telefonüberwachung, Observationen und Berichte eines verdeckten Ermittlers auf Vernetzungen mutmaßlicher Mafiamitglieder in

die Politik, Verwaltung und Justiz in Thüringen hinweisen, muss umso mehr Auftrag an uns Parlamentarier sein, hier einer entsprechenden Aufklärung Nachdruck zu verleihen.“ Dittes brachte seine Erwartung gegenüber der Landesregierung zum Ausdruck, im Innen- und Kommunalausschuss über die Vorgänge aufzuklären und dafür Sorge zu tragen, dass unverzüglich alle vorhandenen analogen und digitalen Aktenbestände in den beteiligten Behörden hierzu gesichert und vor einer Löschung bewahrt werden. Dittes schließt sich dabei auch ausdrücklich der Forderung der SPD-Fraktion an, diese auf das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen auszuweiten, das bis 2014 einen Beobachtungsauftrag für die organisierte Kriminalität hatte. PR

Immer noch erschreckend hohe Zahlen

Gudrun Lukin zur Unfallstatistik 2020

In der Bundesrepublik ist die Zahl der Verkehrsunfälle im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Insgesamt registrierte das Statistische Bundesamt 2,3 Millionen Unfälle, das sind 15,8 Prozent weniger als 2019. Auch die Zahl der Verkehrstoten ist im Vergleich zum Vorjahr um 10,6 Prozent zurückgegangen. Damit erreichte die Zahl der Verkehrstoten den niedrigsten Stand seit Beginn der Statistik vor mehr als 60 Jahren. Die Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen sank um 14,7 Prozent.

„Die Zahlen sind aber mit Vorsicht zu betrachten. Einerseits war vor allem im Frühjahr die Mobilität der BürgerInnen durch die Corona-Regelungen stark eingeschränkt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Unfallhäufigkeit. Andererseits ist die Zahl der Toten mit 2.724 Opfern immer noch erschreckend hoch“, mit diesen Worten kommentierte Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag die neuen Daten.

In Thüringen verunglückten den Zahlen nach im vergangenen Jahr 6.582 Menschen bei Verkehrsunfällen, 83 Menschen starben. In Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Bremen gab es im Jahr 2020 mehr Verkehrstote als im Vorjahr.

„Seit Jahren bewegen sich die Unfallzahlen auf hohem Niveau. Deshalb sollten mehr Mittel für Prävention, die Verkehrserziehung, den Ausbau sicherer Verkehrsinfrastruktur und für die Kontrolle des Verhaltens der Verkehrsteilnehmer*innen zur Verfügung gestellt werden“, so die LINKE-Abgeordnete.

Gerade schwächere VerkehrsteilnehmerInnen müssten besser geschützt werden. Es sei nicht mehr zu verantworten, wenn der Bußgeldkatalog im Bundesverkehrsministerium immer noch nicht verabschiedet, ebenso das neue Verkehrssicherheitsprogramm für den Bund noch nicht vorgelegt wurde, so die linke Politikerin.

„Nur ein Beispiel für die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Programme: Im Vergleich zu den Vorjahren haben 2020 viel mehr Menschen das Fahrrad als Transportmittel genutzt. Zugleich ist die Zahl der im Straßenverkehr getöteten RadfahrerInnen und die Zunahme der Unfälle bei Fahrrädern mit Elektromotor mehr als besorgniserregend und ein Indiz, dass die Sicherheit für RadfahrerInnen unbedingt erhöht werden muss“, so Lukin. PR



Foto: Lukas Krause

Wie Bodo blieb

Am 4. März 2020 wird Bodo Ramelow erneut zum Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt (siehe Foto links). Es ist der Abschluss einer beispiellosen Krise, ausgelöst durch die Komplizenschaft von CDU und FDP mit der rechtsradikalen AfD beim Tabubruch von am 5. Februar 2020. „30 Tage, die das Land bewegten...“, so lautet der Titel einer Chronik dieses „politischen Erdbebens“ von Luc Jochimsen. Das Textbuch zu dieser szenischen Lesung wird derzeit von der Thüringer Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Veröffentlichung vorbereitet. Jochimsen, hochkarätige Journalistin ebenso wie langjährige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, bringt darin Stimmen von Politiker*innen, Journalist*innen und Forscher*innen zusammen, die diesen einen, tief in die Geschichte Thüringens eingeschriebenen Monat reflektieren, bewerten, nacherzählen. Vom demokratischen Aufschrei nach dem 5. Februar über die wechselvollen Verhandlungen mit der bis zu den bundespolitischen Wellen, die dieser Thüringer Monat schlug, entfaltet Jochimsen ein ebenso eindrucksvolles wie spannendes Panorama. Die letzten Worte im Textbuch hat der Journalist Martin Debes. Er gab damals seiner Hoffnung Ausdruck, dass „alle Beteiligten etwas dazu gelernt haben, über Demokratie und Demut, über Macht und Missbrauch, über Vertrauen und Verrat – und darüber, wie schnell das, was wir Gemeinwesen nennen, von innen zerstört werden kann.“ Man wird das nie vergessen dürfen.

Mehr Informationen zum Buch „30 Tage, die das Land bewegten... Erfurt, 5. Februar bis 4. März 2020. Chronik eines politischen Erdbebens“, die PDF-Version und Bezugsmöglichkeiten finden Sie unter: th.rosalux.de

Markenkern linker Politik

Zeitschrift Z über das Kampffeld Gesundheitswesen in der Coronakrise

Das Gesundheitswesen wurde in den vergangenen Jahrzehnten nahezu kaputt gespart. Wie ein zu knapp genähtes Tischtuch droht es zu zerreißen, wenn es überspannt wird. Die Coronakrise offenbart schonungslos die Denkfehler und Folgen neoliberaler Politik. Die Beschäftigten im Thüringer Gesundheitswesen, in den Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten können ein Lied davon singen und haben laut und deutlich klar gemacht, dass Applaudieren allein nicht satt und arbeitszufrieden machen kann.

Mit dem Gesundheitswesen in der Coronakrise befasst sich die „Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ in ihrem aktuellen Heft 125 (März 2021). Dabei kommen sowohl die Folgen der Personalverknappung, tarifpolitische Gegenaktionen, Dauerbaustellen der Gesundheitspolitik und grundsätzliche Alternativen zur Sprache.

Im Editorial heißt es: „Die Coronakrise hat sich als Crash-Test für das bundesdeutsche Gesundheitswesen erwiesen. Sie hat Schwachstellen, innere Widersprüche und dessen sozialpoliti-

schen Klassencharakter offengelegt.“ Nadja Rakowitz weist darauf hin, „was passiert, wenn man die stationäre Versorgung kapitalistisch durchökonomisiert“.

Ein notwendiges Ende dieser fatalen Logik und die Einführung einer Bürgerversicherung als Alternative erörtern Hans-Jürgen Urban, Christoph Ehlscheid und Katharina Grabietz (IG Metall). Der Gesundheitspolitiker der LINKEN, der Bundestagsabgeordnete Achim Kessler, plädiert dafür, das Fallpauschalensystem „durch eine bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung und eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung zu ersetzen“.

Ellen Ost, Fachkrankenschwester im Universitätsklinikum Jena, berichtet aus ihrem Alltag und von den Erfahrungen im erfolgreichen Kampf für den Tarifvertrag Entlastung, der kurz vor den Landtagswahlen in Thüringen 2019 unterzeichnet wurde. In Stoßzeiten habe zuvor eine Pflegekraft dreizehn Patient*innen und mehr versorgen müssen! (Niederlande: 7, Norwegen: 5,4 im Schnitt) Die Beschäftigten kon-

frontierten die Klinikleitung und die Landespolitik mit ihrer katastrophalen Arbeitssituation. Sie drohten mit kollektiven Gefährdungsanzeigen und mit Streikmaßnahmen, sollte die Politik nicht reagieren. Unterstützt wurden die Beschäftigten dabei von Ver.di, Gehör fanden sie bei der Linksfraktion. Ellen Ost: „Politiker*innen haben zum ersten Mal verstanden, was eigentlich in den Krankenhäusern jeden Tag abgeht und ihre Unterstützung danach zugesichert.“ Es bedurfte noch mehrerer basisdemokratisch organisierter Aktionen und eines Warnstreiks, bis die Klinikleitung schließlich zur Unterschrift unter den Tarifvertrag Entlastung bereit war. Er regelt konkret die Belastbarkeit und entsprechende Entlastungsmaßnahmen für die Pflegekräfte. Doch müsse tagtäglich jeder erreichte Schritt aufs Neue verteidigt werden, betont sie.

Die Tatsache, dass selbst in Zeiten der Coronakrise im Bundeshaushalt der Etat für das Gesundheitswesen nur halb so hoch ist wie der Rüstungsetat, spricht Bände und verlangt nach einer

grundlegenden Neuorientierung, die in dem Themenschwerpunkt gefordert wird. Gewerkschaftliche Erfolge, die beispielhaft benannt werden zeigen, dass Kämpfen für die eigenen Interessen richtig und wichtig ist. Das Gesundheitswesen ist nicht nur eine medizinische oder organisatorische, sondern vor allem auch eine soziale Frage und ein „Markenkern“ linker Politik.

Heft 125 enthält weitere interessante Kapitel (Marx-Engels-Forschung, Geschichte der Arbeiterbewegung, Kommentare, Berichte), Beiträge zu „Industrie 4.0.“ und zur deutschen Fleischartindustrie, eine Zeitschriftenschau sowie Buchbesprechungen. Das Kapitel „Geschichte der Arbeiterbewegung“ weist mit dem Beitrag von Roland Friedman über „Die Märzkämpfe 1921“ in Mitteldeutschland wichtige historische Bezüge zur Region auf. *Holger Czitrich-Stahl*

Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 125 (März 2021), 32. Jg., 248 Seiten. Einzelpreis 10 Euro, Jahresabonnement 35 Euro. Mehr Informationen unter: zeitschrift-marxistische-erneuerung.de